

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steingutindustrie, in Scheibenspöhereien und Glasereien, für Gipfer, Putzer, Stuckateure, Asphaltateure, Flößerer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholzer und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis 1 Reichsmark (ohne Bestellgeld) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags

Herausgegeben vom Deutschen Baugewerksbund Hamburg 25, Wallstr. 1

Dreie für Geschäftsanzeigen die zehnpennige Millimeterzelle 1,25 M. Bei größeren Abschüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt Arbeitsmarkt die dreipennige Kleinzeile 3 M. Anzeigen der Baugewerkschaften Zeile 50 M.

Tagung des Bundesbeirats und Bundesvorstandes.

Abgehalten am 18. und 19. November in Hamburg.

Erster Beratungstag.

Um 9 1/2 Uhr vormittags eröffnet der Bundesvorsitzende Frh. Raepfow die Tagung, er heißt die vollzählig erschienenen herzlich willkommen. Außer dem Weirat und Vorstand ist auch Kollege August Ellinger vom Verband Sozialer Baubetriebe anwesend. Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten. Ueber den

Stand des Bundes

berichtet Raepfow. Sein Bericht enthalte wenig erfreuliches. Eine weitere Steigerung der Mitgliedschaft, die im Verlauf des Frühjahres in guter Weise eingeleitet hatte, war im letzten Teil dieses Jahres nicht mehr zu verspüren. Am Ende des 3. Quartals hatte der Bund rund 370 000 Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit hat schon jetzt im erheblichem Maße eingeleitet, es dürften zur Zeit 30 000 Mitglieder arbeitslos sein. In einigen Bezirken ist die Arbeitslosigkeit noch zufriedensstellend. Das Vermögen des Bundes, das, als der verfallene Großkampf seinen Gipfelpunkt erreicht hatte, bis auf einen verhältnismäßig kleinen Bestand zusammengeschnitten war, hat sich jetzt selbstverständlich wieder etwas gehoben, obwohl auch noch nach Beendigung des Großkampfes ziemlich umfangreiche Kämpfe geführt werden mußten. Jedoch kann der Vermögensstand auch heute noch nicht als befriedigend bezeichnet werden. Leider sind die besonderen Kampfbeiträge bei weitem nicht in dem erwarteten Maße eingegangen. Die Höhe dieser Beiträge war darauf zugeschnitten, den Wochenbedarf an Unterstützungen laufend zu decken. Leider hatten viele Mitglieder den Ernst der Lage nicht erkannt, sie folgten nur zögernd dem Aufruf zur Zahlung der besonderen Kampfbeiträge, noch heute ist eine große Anzahl Mitglieder damit im Rückstand. Es muß ausgesprochen werden, daß der Opfermut der Kollegen gegenüber den Kämpfen in früheren Zeiten — erinnert sei nur an den Großkampf im Jahre 1910 — bedeutend nachgelassen hat. Weitaus am besten hat die Kampfbeiträge geleistet der Bezirk Pommern, dort dürften sie heute wohl restlos eingeleitet sein. Befriedigend haben sich auch die Bezirke Hamburg, Bremen und Hannover gehalten, in anderen Bezirken war die Zahlung schlecht, in den Bezirken Stuttgart und Karlsruhe völlig unbefriedigend. Vor allem dort scheint der frühere Opfermut zu den Händen geflohen zu sein; beim Bezirk Stuttgart, der im Frühsommer nach kurzem Kampfe verhältnismäßig gut abgeschnitten hat, sei dies besonders verurteilenswert. Der Vorstand sei der Ansicht, daß alle Mitglieder, die bisher die Kampfbeiträge noch nicht bezahlt und sich auch nicht unterwerflich verpflichtet haben, sie bald zu zahlen, aus dem Bunde ausscheiden müssen. Auf sie ist bei ersten Gelegenheiten, wo es hart auf hart geht, kein Verlaß. Auf keinen Fall dürfen Mitglieder, die die Kampfbeiträge nicht voll bezahlt haben, Unterstützung erhalten. Die im Herbst mit großen Hoffnungen eröffnete Werbetätigkeit hat auch nicht voll befriedigt. Der Versammlungsbesuch hat vielfach zu wünschen übrig gelassen, auch die Aussprache ermannte oft der höheren Gesichtspunkte. Ein Teil Schuld an dem mäßigen Erfolg der Werbeversammlungen mag in der schon zu weit vorgeschrittenen Jahreszeit liegen. Jedenfalls aber darf uns dieser mäßige Erfolg nicht abhalten, auch fernerhin Werbeversammlungen abzuhalten. Dies wird dann zum Teil auch durch Lichtbildvorträge geschehen, die jetzt vorbereitet werden. Dem Kollegen Liegendorf, der dabei beschäftigt ist, und außerdem die Vorarbeiten für die Ausstellung in Düsseldorf für soziale Fürsorge und Körperpflege erledigt, soll zur Vertretung der Jugendlichen eine Stelle gestellt werden. Die Bundesunterstützungen bei Streiks, Arbeitslosigkeit, bei Krankheit und in Sterbefällen werden wir anaerichts der unbefriedig-

enden Kassenverhältnisse bis zum 31. März 1926 immer noch nach dem Durchschnittsbeitrag vom 1. Quartal 1925 auszahlen müssen. Unbillige Härten sollen dabei vermieden werden. Nachdem der Redner noch unsere künftige Vorkampftätigkeit erläuterte, schließt er mit der Aufforderung, daß jeder draußen im Lande alles tun möge, um die Mitglieder zu zuverlässigen Kämpfern zu erziehen.

In der Aussprache wird die Darstellung Raepfows über den schlechten Eingang der Kampfbeiträge etwas abgemildert. Es gingen immer noch Kampfbeiträge ein. Verschiedentlich wird gewünscht, die Wartezeit wegen Zahlung der Kampfbeiträge zu verlängern. Die Werbeversammlungen hätten vor allem unter der ungünstigen Jahreszeit gelitten, man sollte sie nur im Frühjahr als Auftakt für die Werbearbeit des Jahres beibehalten. Der verhältnismäßig niedrige Stand der Mitgliederzahl gegenüber 1923 resultiere aus der derzeit mäßigen Wau-tätigkeit; es seien eben nicht viel mehr Arbeiter im Baugewerbe beschäftigt, als organisiert sind. Im ganzen könne man mit der Mitgliederzunahme in diesem Jahre zufrieden sein. Das fluktuierende Element im Baugewerbe verhindere eben bessere Resultate. Von anderer Seite wird dieser günstigen Auffassung widersprochen. Es sei noch sehr viel zu organisieren. Vor allem müsse in Tiefbaugewerbe mehr Werbearbeit als bisher geleistet werden. Ferner werden die Kämpfe des verflorenen Jahres eingehend besprochen, Schlussfolgerungen gezogen und Vorschläge für die Taktik bei der Führung späterer Kämpfe gemacht. Die bei den diesjährigen Lohnbewegungen und Lohnkämpfen unter erschwerenden Umständen erzielten Lohnvorteile seien nicht zu unterschätzen; sie haben den Baugewerkschaften Erfolge gebracht, die wohl keine Gewerkschaft für das Jahr 1925 verzeichnen kann. Außerdem sei der Achtstundentag aufrechterhalten worden. Leider jüngsten an verschiedenen Plätzen immer noch Kollegen gegen den Achtstundentag, sie geben für einen vorübergehenden Scheinvorteil diese große Ertragskraft leichtfertig auf. In der gewerkschaftlichen Erziehung der Mitglieder müsse unermüdet weitergearbeitet werden; noch immer zittert aus Kriegserlebnissen, Inflation und politischen Erregungen in vielen Köpfen Wirrnis und Unklarheit nach. Ueber die treibenden Wirtschaftskräfte ist zu wenig Erkenntnis vorhanden, die Gewerkschaftskraft wird vielfach überschätzt, die Ziele werden oft sprunghaft weit gestellt. Der klare gewerkschaftliche Geist müsse wieder geweckt, er müsse allen Gemeintut werden, dann wird auch die Gewerkschaftsbewegung wieder von Grund auf gesund und aus dem Sturm und Drang der Jetztzeit herauskommen. In einem Schlusswort betont Raepfow, daß jedes Mitglied, soweit noch nicht geschehen, unter allen Umständen den Kampfbeitrag zu zahlen hat. Wer dem nicht nachkomme, auf den sei kein Verlaß, er scheide als Kämpfer aus. Solche Mitglieder seien kein Gewinn für die Organisation. In der Aufklärung müsse natürlich fort-gefahren werden; es sei noch sehr viel zu tun, um alle Arbeiter zu überzeugten und opferbereiten Kämpfern zu erziehen. So ruhig sehe es mit dem Organisationsverhältnis nicht aus, wie hier mancher behauptet hat. Unsere Zukunftsaufgaben verlangen nicht nur zahlende, sondern auch überzeugte Mitglieder.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Kollege Bernhard spricht hierauf zu den bevorstehenden

Verhandlungen über einen Reichstaxisvertrag.

Diese sollen am 26. November beginnen. Mit besonderen Hoffnungen auf das Zustandekommen einer tragbaren Reichsvereinbarung gehen wir zu diesen Verhandlungen nicht. Dies sagen uns unsere bisherigen Erfahrungen bei den Verhandlungen über einen Reichstaxis-

vertrag im vorigen und in diesem Jahre. Unsere Unterhändler haben sich dabei leiten zu lassen von den Beschüssen und Richtlinien des Bundesrates. Die Unternehmer dagegen dürften auf ihre alten Forderungen bestehen. Deshalb sei wenig Aussicht auf ein annehmbares Resultat vorhanden. Redner erörtert ausführlich die verschiedenen Streitpunkte, über die eine Verständigung schwer möglich erscheint. Er schlägt ferner vor, da der Bundesvorstand nur einige Unterhändler zu den Verhandlungen zu entsenden geduldet, aus den Kreisen der Bezirksleiter noch weitere 4 Personen zu ernennen. — In der regen Aussprache werden noch verschiedene wichtige Fingerzeige betreffs der einzuschlagenden Taktik bei den Verhandlungen gegeben und die Ansichten zu den einzelnen Tarifstreitpunkten geäußert. Zum Schluß werden 4 Bezirksleiter bestimmt, die im Verein mit den Vorstandsvertretern die Reichstaxisvertragsverhandlungen führen sollen.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erschöpft; die Sitzung wird 6 1/2 Uhr geschlossen.

Zweiter Beratungstag.

Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr eröffnet. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Bundessekretär Kollege Gustav Mohnt heute sein 65. Lebensjahr vollendet. Er bringt ihm die herzlichsten Glückwünsche des Vorstandes und Beirats dar; möge Kollege Mohnt sich noch lange der an ihm gewohnten Mäßigkeit und Frische erfreuen. Hierauf wird in den Verhandlungen fortgefahren. Kollege Scheibel bepricht

unsere Tätigkeit in den Bauhütten.

Der Redner erörtert die Gesichtspunkte, unter denen wir der Bauhüttenbewegung gegenüberstehen. Die gesamte soziale Bauwirtschaft ist ein direktes Aufgabengebiet des Baugewerksbundes. Dies ergibt sich schon aus unserer finanziellen Stellung zu der Bauhüttenbewegung. Nicht nur die Hauptklasse, sondern auch die Lokalkassen unterstützen die Bewegung. Bei der Verwendung totaler Gelber geschehen allerdings mitunter Fehlgreife. Die Bewertung der Bauhütten muß von kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet sein. Bewagte Spekulationen sind auszuschalten; falls solche fehlschlagen, leidet unter dem Fiasco der Bauhütte die Gesamtbewegung. Redner bespricht die Stellung des Bundes gegenüber den Bauhütten bei Streiks und Aussperrungen. Die dazu vorliegenden Richtlinien dürften in manchen abänderungsbedürftig sein. Jedenfalls gelten sie zunächst und müssen vollinhaltlich beachtet werden. Unbillige soziale Forderungen an die Bauhütten, die deren Konkurrenzfähigkeit bedrohen, müssen unterbleiben, sonst sagen wir den Akt ab, auf dem wir sitzen. Bei der Frage der Lohngestaltung in Kampfeiten dürfen an die Bauhütten unbillige Anforderungen nicht gestellt werden. Gemeinsame Abmachungen zwischen Bezirken, Ortsleitung und Bauhütte sind unbedingt nötig. Redner bespricht die kürzlich stattgefundenen Verhandlungen zwischen Bundes- und Bauhüttenvertretern in Leipzig. Solche Besprechungen sind nötig, sie tragen in vorzüglicher Weise bei zur gegenseitigen Verständigung. Nützlich sei auch ein besseres Handlungsbearbeiten von Kopf- und Handarbeitern. Der Baugewerksbund ist der vornehmste Träger der Bauhüttenbewegung; er muß es bleiben, er muß dirigieren, bestimmend wirken im Interesse der Gesamtbewegung. So muß darauf geachtet werden, daß die Bezirksleiterstellen der Bauhüttenbewegung mit fähigen Kollegen aus unsern Reihen besetzt werden. Auch für die Besetzung anderer leitender Stellen in der Bauhüttenbewegung sollten möglichst Leute von unserer geistigen Einstellung verwendet werden, natürlich nur, soweit sie dazu fähig sind. Wir müssen ferner mit Nachdruck dafür eintreten, daß gemeinnützige Unternehmen, wie Konsumvereine, Gewerkschaften usw. bei zu vergebenden Bauarbeiten die Bauhütten in erster Linie berücksichtigen. Arbeitervereinigungen mit sozialem Einschlag, die wir unterstützen, sollen auch uns unterstützen.

Bei den Gewerkschaften sollte es dabei überhaupt kein Bögen geben. Ferner wird notwendig sein, die Bauhütten insofern umzuorganisieren, daß nur so dahinvegetierende Bauhütten den lebenskräftigen angegeschlossen werden. Stärkere Konzentration wird auch die Gesamtbewegung stärker und leistungsfähiger machen. Die örtlichen Beiträge für den Verband sozialer Baubetriebe müssen pünktlich abgeführt werden, der Verband muß zu einer Finanzmacht werden. Dabei wird auch die Arbeiterbank eine wichtige Rolle spielen. Die Angliederung der Bewegung an dieses Unternehmen liegt sehr wohl im Bereiche der Möglichkeit. Die Bauhüttenbewegung ist ein Glied unserer Bewegung; sie zu stärken und vorwärts zu drängen, Verstehtes zu befeitigen, Gutes ihr zuzuführen, bei allem höchsten Verstand obwalten zu lassen, muß eine unserer vornehmsten Zukunftsaufgaben sein. Wäge der Baugewerksbund das Fundament der Bauarbeit werden! (Wabot)

In der Aussprache betont Ellinger, daß heute schon der Verband sozialer Baubetriebe in engstem Einvernehmen mit der Arbeiterbank arbeitet. Das anfänglich gehegte Mißtrauen auf dieser Seite gegenüber der Bauhüttenbewegung sei längst geschwunden, es habe einem innigen Zusammenarbeiten Platz gemacht. Redner erwidert die Art dieses Zusammenarbeitens. Allerdings dürften angesichts dieser Entwicklung künftig die gesamten deutschen Gewerkschaften die Träger der Bauhüttenbewegung werden. Zur Leitung der Geschäfte sollten bei gleicher Fähigkeit Leute aus unsern Reihen den Vorzug erhalten. Auf alle Fälle müssen wir großen Wert darauf legen, geistig gut befähigte Fachleute in die Bewegung zu bringen. Mit dem Ersatz unfähiger Leiter durch fähige Köpfe haben wir schon verschiedentlich sehr gute Erfahrungen gemacht. Allerdings ist dabei wünschenswert technische Bildung. Es sei nötig, junge Kräfte aus der Bauarbeiterbewegung für die Bauhüttenbewegung technisch heranzubilden. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange. Unsere Bauhüttenbewegung befindet sich zur Zeit in einer sehr günstigen Lage, das Stammkapital ist bedeutend erhöht worden. Der Kampf der Unternehmer gegen die soziale Bauwirtschaft wird mit allen Nüssen geführt. Vor allem sucht man die Bauhütten bei Submissionsen betruht und unter großen persönlichen Opfern zu unterbieten, man will die Bauhütten unter allen Umständen zunichtemachen. Gegen diese und andere Schädigungsbestrebungen müssen die Bauhütten gestützt werden; unbillige Belastungen durch hochgespannte Löhne oder soziale Forderungen sind zu vermeiden. Die ruhige, feste Entwicklung der Bewegung darf von der Bauarbeiterbewegung in keiner Weise gehemmt werden. Die zwischen BSW und BSB vereinbarten Richtlinien sollten revidiert werden, eine Anzahl der Bestimmungen sind für die Bauhütten schwer tragbar. Hoffentlich geschieht dies, es würde sich sehr zum Vorteil der Gesamtbewegung auswirken!

In der weiteren Aussprache werden die Praktiken mancher Architekten beleuchtet, die darauf hinauslaufen, die Bauhütten bei Wettbewerbenden durchzusehen zu lassen. Seltig wird darüber, daß vielfach Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteibetriebe das bei ihnen eigentlich als ganz natürlich voraussetzende Verhältnis für die Bauhüttenbewegung nicht erkennen lassen. Der Gedanke, aus den Kreisen der Bauarbeiter technisch tüchtige Kräfte heranzubilden, wird begrüßt. Eine Fülle von Erfahrungen wird ausgetauscht, manche wichtige Anregungen werden gegeben. Ellinger geht dann noch in einem Schlußwort über einige aufgetretene Unklarheiten Aufschluß und bespricht die Geschäftsergebnisse und das Geschäftsgebaren in der Zentrale und in einzelnen Bauhütten. Er ist der Hoffnung, daß sich die Reorganisation der Bauhütten in guter Weise auswirken werde. Die zwischen BSW und BSB vereinbarten Richtlinien sollten in dem von ihm vorgeschlagenen Sinne geändert werden. Eine von ihm in diesem Sinne eingereichte Entschließung wird dem Bundesvorstand zur weiteren Behandlung überwiesen.

Hierauf wird verhandelt über den Antrag des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter wegen Wiederaufnahme in den Baugewerksbund.

Dazu berichtet Vernehard, Er beleuchtet die Umstände, die die kommunistische Partei veranlaßt haben, die kommunistischen Sonderorganisationen zu beauftragen, den Zentralverbänden wieder beizutreten. Man glaubt, nur auf diese Weise die Gewerkschaften für Moskau zu gewinnen. Auch der Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter sei bemüht, dieser Parole zu folgen. Seine Werbekraft ist gleich der der andern kommunistischen Sonderorganisationen stark zurückgegangen. Man glaubt eben, die Werbekraft der kommunistischen Partei durch den Beitritt zu den Zentralverbänden wieder aufzurufen zu können. Daher der Ruf nach der „Einheitsfront“ in neuer Auflage. Eine große Anzahl Kollegen in unsern und jenen Reihen meinen es damit zweifellos richtig, sie möchten den Zusammenschluß aus ethischen Gründen. Einheit und Einigkeit haben bei allen arbeitern immer noch einen guten Klang. Die

Stimmung auch bei vielen Mitgliedern dieser Sonderorganisation vorhanden ist. Der Inhalt der Briefe an den Bundesvorstand wegen der Wiedervereinigung war daher weit gemäßigter als früher. Auch der ruppige Ton im Blatt der ausgeschlossenen Klang in den letzten Nummern gedämpft. Selbstverständlich ist auch unser Bundesvorstand für eine Einheitsfront. Redner bespricht den schon bekannten Briefwechsel auf beiden Seiten, um schließlich die Sitzung zu schildern, die am 18. November zwischen Vorstandsmitgliedern unseres Bundes und solchen des ausgeschlossenenverbandes stattgefunden hat. In dieser Sitzung glaubten unsere Vertreter nicht nur die Vorschläge zu erfahren wegen der Lebertrittsbedingungen, sie wollten auch etwas hören über die verschiedenen Strömungen im ausgeschlossenenverbande. Denn wenn man sich verschmelzen will, muß man wissen, was man vor sich hat. Auch die persönliche Einstellung der Führung auf jener Seite war des Erforschens wert. Man legte uns die Lebertrittsbedingungen vor. Diese waren so, daß sie jedes weitere Verhandeln überflüssig machten. Sie lauten:

1. Die Vereinigung hat bis zum . . . zu erfolgen. Bei der Vereinigung sind die Mitgliedsbücher an den zuständigen Angehörigen des BSW abzugeben. Dieser hat die Ausfertigung der Mitgliedsbücher vorzunehmen.
2. Die im B. d. a. B. durch volle Beitragsleistung erworbene Mitgliedsdauer wird in Anrechnung gebracht. Bei den übertretenden Mitgliedern des B. d. a. B. die früher Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes beziehungsweise Baugewerksbundes waren und eine ununterbrochene Mitgliedschaft in beiden Organisationen nachweisen können, werden auch die früher im BSW geleisteten Beiträge angerechnet.
3. Unter diesen Bedingungen werden auch sämtliche ausgeschlossenen wieder in den BSW aufgenommen.
4. Die Vorkonferenz richtet sich nach den Bestimmungen des Statuts und den Beschlüssen des Bundes.
5. Solche Mitglieder des B. d. a. B., die Baubetriebe nicht, bleiben in ihrer Funktion.
6. Alle übertretenden Mitglieder des B. d. a. B. erkennen die Statuten und Verbandsbeschlüsse des BSW an.
7. Die Übernahme der bisherigen Angestellten des B. d. a. B. in den Apparat des BSW wird so geregelt, wie es den örtlichen Verhältnissen entspricht.

Diese Bedingungen waren gar nicht diskutierbar. Wir verzichteten auf jede weitere Auseinandersetzung. Vor allem haben wir uns in keiner Weise gebunden. Zu entscheiden hat die heutige Sitzung. Wir werden nunmehr in der Wiedervereinigungsfrage auf dem Standpunkt des Bundesbestandes beharren müssen, zumal es sehr zweifelhaft ist, ob uns überhaupt die Möglichkeit zusteht, diesen Beschluß zu ändern. Nach dem Bundesratsbeschlusse steht jedem, dem es mit der Wiedervereinigung ernst ist, der Weg in den Bund offen. Das keine, aber gerechte Opfer, auf die Anrechnung der Mitgliedschaft in der geeigneten Organisation zu verzichten, kann jeder bringen. Der Bundesvorstand schlägt folgende Entschließung zur Annahme vor:

Die von Vertretern des B. d. a. B. uns überreichten und mündlich begründeten Lebertrittsbedingungen sind für eine Wiedervereinigung mit dem Deutschen Baugewerksbund nicht geeignet.

Der Bundesrat bekennt sich aufs neue zu dem vom ersten Bundesrat erneuerten Beschluß von Leipzig über Wiederaufnahme von Mitgliedern kommunistischer Bauarbeitervereine (Mitgliedern des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands und unionistischer/syndikalistischer Organisationen) und zu der Entschließung „gegen die kommunistische Gewerkschaftsgerpörung“.

Falls der Rat dieser Entschließung zustimmt, dann muß es mit der Einigungskampagne vorläufig ein Ende haben. Weitere Anfragen und Vorschläge von jener Seite können nur mit dem Hinweis auf diese Entschließung beantwortet werden. Wir ersehen die Einheit der deutschen Bauarbeiterbewegung. Wer diese aber will, der muß sich rückhaltlos und ohne Umschweife dazu bekennen. Wir wollen gewerkschaftliche Arbeit leisten, einheitlich und geschlossen. Wer dies will, der ist uns willkommen!

In der Aussprache treten alle Redner dem Vorschlag des Vorstandes bei. Unter anderem wird es als unerhörte Anmaßung bezeichnet, die Angestellten von jener Seite auch im Bunde anzustellen. Nie dürfe man den eigentlichen Zweck des Strebens zu unserm Bunde außer acht lassen; es gelte für die Führer auf jener Seite, nicht Einheit und Einigkeit zu schaffen, sondern nach der Moskauer Parole in unsere Reihen neues Herwürgen zu tragen. Viele stehen dort drüben, die herzlich zu uns möchten; sie seien uns willkommen, ihrer Aufnahme steht unter dem bekannten Bedingungen nichts im Wege. Die vom Vorst and vorgelegte Entschließung wird einstimmig angenommen.

Hierauf werden kleinere Angelegenheiten beraten. Zuoberst wird noch kurzer Aussprache nochmals einstimmig festgestellt, daß die am 27. Juli und 18. August beschlossenen Kampfbeiträge saktionsgemäß Pflichtbeiträge sind. Wer dies nicht anerkennt, und dementsprechend

handelt, für den ist im Bunde kein Platz. Dann berichtet Paeplo über einen mit dem Schweizerischen Bau- und Holzarbeiterverband angestrebten Gegenseitigkeitsvertrag. Ueber einige Punkte ist es zu einer völligen Übereinkunft noch nicht gekommen. Dem Vorstand wird Vollmacht erteilt, einen solchen Vertrag abzuschließen. Auch der Tschechoslowakische Bauarbeiterverband (Sitz Reichenberg) wünscht einen Gegenseitigkeitsvertrag. Bisher bestehen nur Grenzabmachungen. Auch zur Abschließung eines solchen Vertrages wird Vollmacht erteilt; die vornehmlich daran interessierten Bezirke sollen an der Beratung teilnehmen.

Sodann berichtet Paeplo über die bisherigen Verhandlungen wegen Gründung eines Keramarbeiterverbandes oder Eingliederung der Keramarbeiter als besondere Abteilung in den Baugewerksbund. Auf dem Verbandstag der Baugewerksarbeiter haben sich die meisten Redner für das letztere ausgesprochen. Für einen Anschluß an den Fabrikarbeiterverband war nur ein Redner eingetreten. Der Vorstand des Baugewerksverbandes jedoch strebt einen selbständigen Keramarbeiterverband an. Die Gasarbeiter haben dafür wenig Sympathie, sie halten ein solches Gebilde für nicht lebensfähig, zumal die Fabrikarbeiter keinerlei Lust zeigen, die Ziegler und Plattenarbeiter an einen solchen keramischen Verband anzuschließen. In dieser Angelegenheit wird die nächste Zeit größere Klarheit bringen müssen. Eine Sitzung mit den Vertretern des Gasarbeiterverbandes wird am 20. November stattfinden. Nach längerer Aussprache wird festgestellt, daß der Baugewerksbund nach wie vor bestrbt sein wird, die weitere Konzentration der Gewerkschaftsmacht durch Zusammenfassung zu großen Industrieverbänden nach Kräften zu fördern. Anschließend erwähnt Paeplo die kürzlich stattgefundene Bezirkskonferenz des Zimmererverbandes, in der behauptet wurde, der Baugewerksbund breche widerrechtlich in das Gebiet des Zimmererverbandes ein, und daß dies schärfste Mißverhältnis herbeiführen würde. Wir haben seit dieser eine winzige Anzahl Zimmerer in unserm Bunde, wie auch die Zimmerer in ihrem Verbands einige Maurer haben. Es sind diese Leute, die aus irgendwelchen Gründen keine Gelegenheit haben, sich ihrer gesunden Organisation anzuschließen. Falls solche Zimmerer bei uns abgefordert werden, sind wir dem anstandslos nachgekommen. Die Konferenz des Bezirkes der Zimmerer habe also grundlos Anschuldigungen erhoben; auch über diese Angelegenheit wird demnächst im Zusammenhang mit der großen Frage der Industrieorganisation geredet werden. Auch wird angestrebt sein, Beiträge und Leistungen der verschiedenen Verbände mehr auszugleichen, um eine unläutere Konkurrenz unter den Verbänden auszugleichen.

Vernehard fordert auf, dafür zu sorgen, daß die Ortsstatuten der Baugewerkschaften in je einem Exemplar dem Bundesvorstand zur Verfügung gestellt werden. Die gewerkschaftlichen Vorkaufsurse sollen mehr als bisher berücksichtigt werden. Feststellungen in der Lebenshaltung unserer Mitglieder wären im kommenden Frühjahr vorzunehmen. Der Redner spricht noch darüber, daß Mitglieder unseres Bundes, falls sie in der Tschechoslowakei arbeiten, vielfach gedrungen werden, dem Letentia-Verband (Sitz Prag) beizutreten. Solchen Kollegen muß bei ihrer Rückkehr die volle Mitgliedschaft angerechnet werden. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Anschließend wird noch über Wanaarbeitsvertrag gesprochen und in Aussicht genommen, in nächster Zeit in verschiedenen Teilen des Reiches Bauarbeiterkonferenzen abzuhalten. Ferner wird erwähnt, daß eine neue Verfügung des Arbeitsministeriums herausgekommen sei, wonach Bauarbeiter in der Erwerbslosenfürsorge benachteiligt werden sollen. Der Wortlaut der Verfügung ist leider nicht bekannt. Baugewerkschaften, deren arbeitslose Mitglieder in der genannten Weise benachteiligt werden sollen, müssen dies unverzüglich dem Kollegen Hermann Silberstein in Berlin S. O. 16, Engelauer 24/25, A. G. I., melden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Vorsitzende Paeplo gibt einen kurzen Rückblick auf den Verlauf der Tagung, fordert zu tatkräftiger Mitarbeit für das Gelingen der Organisation auf und schließt dann abends 7 Uhr die Zusammenkunft mit Dankesworten und Wünschen für glückliche Heimreise.

Arbeiterdankpunkte?

(Zu den Baunfällen in letzter Zeit.)

Ein Artikel in Heft 45 der „Lauter“ mit dieser Ueberschrift versucht die starke Zunahme der Baunfälle in letzter Zeit zu erklären und macht auch Vorschläge zu ihrer Abhilfe. Bei diesen Bemühungen werden jedoch unsichtbar entwickelt, denen widersprochen werden muß, weil sie ganz wesentlich von den tatsächlichen Verhältnissen im Baugewerbe abweichen.

Deutlich tritt eine gewisse Voreingenommenheit gegen über der Arbeiterdankpunkte, besonders aber gegen die „Arbeiterdankpunkte“ hervor.

einstellung gegen sie eingehalten verpflichtet ist." In der Zwischenzeit, im März 1924, hat der Sekretär den Allrussischen Bauarbeiterverband in Moskau besucht. In einem ausführlichen und vom Vorstand des Allrussischen Bauarbeiterverbandes als offiziell anerkanntem Bericht hat der Sekretär die von ihm beobachteten Verhältnisse dargestellt. Im Schluß dieses Berichtes beantwortet der Sekretär die Frage, ob der Allrussische Bauarbeiterverband in die B.-L. aufgenommen werden könne. Es heißt da: "Die russischen Kameraden stellen diese Frage selbst, indem sie von mir die Erklärung forderten, ob ich nach dem, was ich gesehen und gehört hätte, für die Aufnahme ihres Verbandes in die B.-L. eintreten würde und könnte. Ich habe ihnen gesagt, daß ich den angeführten Organisationen berichtig werden, und daß ich überzeugt sei, man werde in allen Ländern verstehen, daß die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Rußland die Form und das Wesen der Gewerkschaften ebenso beeinflussen müssen, wie es die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die den gewerkschaftlichen Organisationen in den anderen Ländern ihren Stempel aufdrücken. Diese Erkenntnis, die zu finden ist bei allen angeführten Organisationen sicher bin, ist leider in Rußland nicht zu finden. Die Erklärung der B.-L. bejagt, daß jede angeführte Organisation in ihrem Tätigkeitsgebiete souverän ist. Trotzdem würde man sich auch noch damit abfinden, daß die russischen Kameraden auf Grund ihrer Erfahrungen die Taktik und die Verbandspolitik der Bauarbeiter anderer Länder freier setzen; dabei jedoch müsse es sein Bewenden haben. Das, was russische Kameraden in Rußland tun, und wie sie sich in ihrem Lande organisieren, wird es also nicht sein, was zur Abwehmung ihres Aufnahmeverfahrens führen könnte. Aber die Mehrzahl der der B.-L. angeführten Verbände wird es strikte ablehnen, eine Organisation anzunehmen, die benutzt und planmäßig die Organisationen in anderen Ländern herabsetzt und deren Einrichtungen und Beschüsse mißachtet. Den Beweis dafür, daß der Allrussische Bauarbeiterverband dies tue, sehen die der B.-L. angeführten Organisationen in dem Besitzen des vom Allrussischen Bauarbeiterverband geleiteten internationalen Propaganda- und Agitationsbroschures, das als Konkurrenzorganisation der B.-L. angesehen ist, und durch das der Allrussische Bauarbeiterverband die sogenannten Oppositionen organisiert und die Gewerkschaftsoppositionen vorbereitet und unterstützt." — Die VI. Konferenz der B.-L. abgehalten im Juni 1924 in Stockholm hat es ebenfalls abgelehnt, die Russen anzunehmen, weil seit der Wiener Tagung keine Umstände eingetreten sind, die eine andere als die dort eingemessene Stellung gegenüber dem Allrussischen Bauarbeiterverband rechtfertigen würde.

Niemand kann zweien Herren dienen. Aus allen hier erwähnten Vorzügen und aus der gesamten Tätigkeit der B.-L. ist zu erkennen, daß sie sich als einen Teil der großen internationalen Gesamtarbeiterbewegung betrachtet. Alle, die in ihr wirken, wissen auch, daß die Entwicklung der B.-L. abhängig ist von der Ausbreitung dieser Gesamtbewegung. Wer guten Willens ist, im Rahmen dieser Gesamtbewegung und im Sinne der Erklärung der B.-L. mitzuarbeiten, wer schließlich nicht gegenüber den Schwachen und Bedrängten hilflos sein will, der findet in der B.-L. treue Kameradschaft.

Nacherkassung zweier gezahlter Lohnsteuern.

Nach dem Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind bis zum September 1924 4,6 Millionen Mark Lohnsteuer zurückgezahlt worden. Das ist ein schöner Erfolg sowohl der Arbeit der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die diese Bestimmungen in das Gesetz brachte, als auch der Mitarbeit der Funktionäre, die es übernommen haben, den Steuerpflichtigen beim Stellen der Urträge behilflich zu sein.

Gleichwohl ist die Summe der Erstattungen, gemessen an dem gewaltigen Aufkommen der Lohnsteuer, noch verhältnismäßig klein. Man sieht nicht mehr erstattet worden ist, so liegt das einmal daran, daß noch immer bei weitem nicht alle Steuerpflichtigen von ihrem Recht Gebrauch gemacht haben. Sodann sind aber vor allem die Erstattungen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse neben den Erstattungen infolge Verdienstausfalls nicht genügend berücksichtigt worden. Gerade aus diesen Erstattungen lassen sich aber noch große Summen herausheben, und gerade hierfür bedarf es der weiteren Mitarbeit aller Funktionäre, weil es hier noch mehr darauf ankommt, daß im Antrag die Notlage des einzelnen Falles besonders eindringlich geschildert wird. Da die Frist für diese Urträge ebenfalls mit dem 31. Dezember abläuft, müssen die nächsten Wochen ausgenutzt werden. Wo die Zeit nicht ausreicht, um die Belege zu beschaffen, empfiehlt es sich, die Urträge zunächst ohne die Belege rechtzeitig einzureichen und die Belege später nachzuliefern.

Neben der Ermäßigung der Wohnsteuer im Wege der taglicher Erstattung darf aber schließlich nicht die Möglichkeit vergessen werden, die Lohnsteuer für das folgende Jahr von vornherein zu ermäßigen. Diese vorherigen Ermäßigungen werden durch eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens sowie der Pauschbeträge für Werbungskosten und Sonderleistungen, und zwar ebenfalls nur auf Antrag, vorgenommen. Jedoch sind diese Erhöhungsanträge an keine Frist gebunden, sondern können jederzeit gestellt werden.

Steuerermäßigung auch für Unfall- und Invalidenrentner.

Auf Veranlassung der Arbeitslosenverbände wird den Kriegsbeschädigten der steuerfreie Lohnbetrag um den Prozentsatz ihrer Erwerbsbeschränkung erhöht. Nach Inkrafttreten des Einkommensteuergesetzes vom 10. August 1925 herrschte vielfach Unklarheit darüber, ob nur die Verdienste über der ganze steuerfreie Lohnbetrag für die prozentuale Erhöhung in Frage kommen. Die Angelegenheit hat keine klare Lösung gefunden, bis am 4. Dezember 1925 durch den Reichspräsidenten Ertrag des Reichsfinanzministeriums, Herr Reichsminister Dr. Brüning, den oben erwähnten Bescheid in den Kriegsbefreiungen und den Kriegsbeschädigten, etc.

eine Rente von mindestens 30 % erhalten, eine Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nach dem Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung genehmigt worden, um dadurch einen Ausgleich dafür zu bieten, daß diesen Personen erfahrungsgemäß erhöhte Werbungskosten erwachsen. Nach der im neuen Einkommensteuergesetz durchgeführten Dreiteilung des steuerfreien Lohnbetrages, in den eigentlichen steuerfreien Lohnbetrag von 50 M monatlich und die Pauschbeträge von je 15 M monatlich, würde an sich nur eine Erhöhung des Pauschbetrages für Werbungskosten in Frage kommen. Aus Willensgründen erklärt sich der Minister damit einverstanden, daß nach wie vor der gesamte steuerfreie Lohnbetrag von 80 M um den Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung erhöht wird."

Dieser Erlass scheint noch wenig bekannt zu sein. Dadurch sind vermuthlich Fälle eingetreten, wo Erwerbsbeschränkte zu viel Lohnsteuer abgezogen worden ist, die ihnen wieder zurückzuerhalten werden muß. Die Erwerbsbeschränkten tun gut, bei dem zuständigen Finanzamt eine entsprechende Veränderung ihrer Steuerkarte zu beantragen.

Gefährliche Folgen der Preisüberhebung.

Seit ungefähr zwei Jahren betreibt die deutsche Regierung eine Politik der Preisüberhebung. Sie behauptet für Produktion und Handel eine starke materielle Begünstigung, während sie sich für die Verbraucher als eine ganz bedeutende Schmälerung des Realeinkommens darstellt. Sie wagt auch für Produktion und Handel als Kapitalneubildung gedacht. Für die breiten Massen aber, die während des Krieges und der Inflation gehungert hatten, ist diese Zeit der Preisüberhebung nichts anderes als eine neue Hungerperiode.

Diese Politik konnte nicht ohne Folgen bleiben. Heute können wir mit Schrecken auf allen Gebieten, besonders aber auf dem Gebiete der Volksgesundheit, die schädlichen Auswirkungen feststellen: Die geringere Entlohnung, die Arbeitslosigkeit, der Mangel an ausreichender Ernährung, an Kleidung und Vermitteln, die Verschärfung des Wohnungselends verursachen erhöhte Sterblichkeit, erhöhte Krankheitsziffern, Einlen der Geburtenzahl, verzögerte Entwicklung der Kinder, Peranwachsen unächtiger Menschen; also körperlichen, intellektuellen und sittlichen Niedergang der Bevölkerung. Dies geht sehr deutlich hervor aus einem kürzlich gehaltenen Vortrag des Kreisheimatrates Dr. Gübner, Waldenburg. Das Waldenburger Vorkriegsleben ist sehr hart von den letzten Wirtschaftskrisen getroffen worden, so daß Dr. Gübner gelegentlich sagte, ihre Folgen eingehend zu sehen zu lernen und darzutun. Dr. Gübner hat im ersten Teil die Sterblichkeit im Waldenburger Land im ersten Jahrgang 1925, auf 1000 Lebende berechnet, 154 betrug. Sie war damit größer als in 46 deutschen Großstädten, wo sie im Jahre 1924 nur 117 ausmachte. Dazu kommt eine geringere Säuglingssterblichkeit und ein hoher Rückgang in der Geburtenziffer. Im Jahre 1921 — so stellt Dr. Gübner fest — wurden in Waldenburg 5900 Kinder geboren. Im Jahre 1925 werden es nach den bisherigen Berechnungen mindestens 1600 weniger sein. Gerade der Zusammenhang zwischen Geburtenziffer und Säuglingssterblichkeit verdient besondere Beachtung. Gewöhnlich pflegt bei abnehmender Geburtenziffer die Säuglingssterblichkeit herabzugehen. Das Waldenburger Beispiel zeigt aber, daß die Säuglingssterblichkeit sich bei abnehmender Geburtenzahl vermehrt. In diesen Bild zeigt die steigende Zahl der Fehlgeburten, die an allen Orten Deutschlands erheblich zunimmt. Das von Dr. Gübner entworfene düstere Bild kann den nicht wundernehmen, der die tatsächlichen Lebensverhältnisse der breiten Masse kennt. Bei dem Niedergang der gesamten Lebenshaltung unterer Bevölkerung gewinnt der Einfluß der schlechten Wohnungsverhältnisse verhängnisvolle Bedeutung. In seinem erwähnten Vortrag führte Dr. Gübner aus, daß in einer größeren Anzahl von Gemeinden des Waldenburger Landes mit rund 100 000 Einwohnern 40 % der vorhandenen Wohnungen aus einem Raum bestehen. 37 % der Wohnungen bestehen aus Stuben und Küche. Diese Wohnungen sind in Mietstadien gelegen, die bis zum Tag mit Menschen vollgepfropft sind. Die Höfe sind meist eng, müssen noch sinkenden Kleintierställen Platz bieten und geben in ihrer Verengung den dort spielenden Kindern einen traurigen Aufenthalt. Das Leben ist nicht nur, sondern ein großer Raum, als Familien spielt sich oft genug in einem einzigen mehrer Zimmer und geschloßen. Hier liegt der Grund, weshalb die Säugling; hier wird geküßt, die Keimzelle der Wärmereparatur, so daß die Lüftung der Räume viel zu wünschen übrig läßt. Vieles muß der Raum auch an Tage dem Familienmitglied, das in Nachtschlaf beschäftigt ist, als Schlafzimmer dienen. Will die Frau gebären, so bleibt nur übrig, daß alle andern das Zimmer räumen, oder die Szene spielt sich vor familiären Familienmitgliedern ab.

Durch diese Zustände wird natürlich das jugendliche Alter am meisten beeinflusst. Die kommende Generation muß unter dem Einfluß dieser Schäden durchaus zurückbleiben. Die weitaus überwiegende Zahl der Schulkiner von heute steigt an Größe und Gewicht weit unter dem Vorkriegsburchschnitt und unter dem Durchschnitt anderer Länder. Die geistigen Folgen kann die Lehrerschaft am besten konstatieren. Fast die meisten Lehrer bezogen heute, daß die Kinder schon nach zwei Stunden Unterricht völlig ausgepumpt sind. Diese Jugend muß in späteren Jahren unbedingt an Leistungsfähigkeit einbüßen. Was hilft es heute, wenn der mittlere Schularzt die Krankheit des Kindes feststellt? Was helfen solche Feststellungen? Um den Kindern zu helfen, ist gutes Essen, sind warme Schuhe, ist warme Kleidung notwendig; und das können die Eltern bei den gegenwärtigen Preisen und Löhnen eben nicht aufbringen.

Die moderne Industrieentwicklung erfordert gesunde und geistig rege Menschen. Es ist eine alte Forderung, daß die Arbeitsleistung in einem bestimmten Verhältnis zu dem Ernährungszustand und der geistigen Verfassung des Arbeiters steht. Sie ist von gesellschaftlichen und bürgerlichen Faktoren in gleicher Vermittlung nachzuweisen worden. Gerade die Lautstärke, die für den deutschen Erwerb und für die deutsche Wirtschaft von ungeschätzter Wichtigkeit ist, ist in großem Maße von der körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit des Arbeiters abhängig. Da heißt es: Bilde und erziehe Facharbeiter, um den Weltmarkt zu erobern. In allen Industriezweigen wird größte Sorgfalt auf die Erziehung des Nachwuchses verwendet. Man ist sich der Wichtigkeit bewußt, daß nur der Qualitätsarbeiter zwingen kann, der heimischen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zwingen kann. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika haben Untersuchungen ergeben, daß der körperliche und geistige Mangelzustand der Bevölkerung die wichtigste Vorbedingung für eine solche Erziehungsarbeit ist.

Auch in Deutschland sind ähnliche Versuche wie in Amerika unternommen worden. Zu diesen Versuchen führte vor allen Dingen das Bedürfnis nach erhöhter Wirtschaftlichkeit, also nach vermehrter und verbesserter Produktion. So hat man in der Metall- und auch in der Textilindustrie mit dem Nachdruck achtstündige Experimente angestellt. Leider bis jetzt kein einigender Bericht über diese Maßnahmen vor. Wir sind aber überzeugt, daß die neuen Methoden in der Ausbildung des Nachwuchses und in der weiteren Schulung der bereits Berufstätigen in Deutschland auf harte Hindernisse stoßen werden, eben weil die Vorbedingung: der gesunde und geistig hochstehende Mensch, heute in Deutschland nicht mehr in der Anzahl vorhanden ist, wie das vor dem Krieg der Fall war. Die Folgen werden sich unbedingt einstellen. Wir werden sie in ganz kurzer Zeit, besonders in unserer Qualitätsindustrie und in dem Niedgang unserer Warenausfuhr feststellen können. Das sozialpolitische Problem wird so zu einem wirtschaftlichen Problem. Die ganze Wirtschaftsentwicklung ist nun beweist, daß es höchste Zeit ist, mit der bisherigen Wirtschaftspolitik Schluss zu machen.

Submissionsblüten.

Die wunderbarsten Submissionsblüten leisten sich die Tiefbauunternehmer; keine Branche kann darin mit ihnen antreten. Einzelne unter ihnen müssen ein wunderbares Vertrauen zur Leistungsfähigkeit der Arbeiter haben; denn die Bauarbeiten bestehen dabei ja in der Hauptsache aus dem Arbeitstagen.

In Gitterloch soll eine Fußgängerunterführung gebaut werden, für die Spelter, Güterloch, 10 040 M verlangt, während Wittmann, Altenleben, 36 753 M verlangt. Zwischen beiden Angeboten liegen 35 andere. In Kassei sollen Kanalarbeiten ausgeführt werden. Für Los I verlangt Jacob Seipel 6300 M, während G. W. B. 12 600 M haben muß. Für Los II fordert Carl Schubert 8868,35 M, Marckente Nachfolger jedoch 18 000 M. Die Gemeinde Herzen bei Dortmund will eine Straße bauen lassen. Die Firma S. P. Datteln, fordert für die Ausführung 27 003,32 M, Albrecht 11 mer, Kappert meint jedoch, er müsse 11 302 M haben. Zwischen den beiden Forderungen stehen 56 andere. In Breslau soll ein Erweiterungsbau an der ledigen Hochschule ausgeführt werden. Diesen Bau will die G. C. für Bauausführungen für 31 502,20 M herstellen, die Gesellschaft Schick, Deutzen, aber möchte dafür 22 500 M haben. — Für den Straßenbau Zielenzig-Brücken, Reichens-Chönwald-Sternberg verlangt S. M. e. r. m. a. n., Frankfurt, nur 42 994,45 M, während P. L. m. e. r., Weine, unbedingt 110 941,55 M haben muß. — Für Eisenbahnenbauarbeiten in Hensburg fordert H. S. h. w. e. r., Meiburg, 22 300 M, G. T. h. e. b. e. n., Hamburg, 75 170 M.

Das ist eine kleine Blütenlese aus den letzten Verhandlungen. Täglich kann man feststellen, daß die Unternehmer über den „angemessenen“ Preis sehr unterschiedliche Meinungen haben. Es ist unbegreiflich, daß die Bauauftraggeber nicht begreifen, wer die Betroffenen bei diesen Entzügen sind.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Vorkriegs- und Kriegsergebnis vom 9. November 1925.

Bezirksverband	In den berichteten Baugewerkschaften												
	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt	ausgesamt		
Angsb.	6	11637	556	1006	58	4	1	1	1	1	8	261	2018
Danzg.	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Stettin	87	87	11500	696	671	2	2	1	1	1	1	1	1
Breslau	45	45	29155	1242	1451	81	27	12	16	4	1	1	1
Berlin	41	41	28719	659	458	89	103	15	64	12	70	96	18
Hannb.	64	64	17648	891	128	1	1	1	1	1	1	1	1
Frankf.	45	45	12204	424	427	4	2	1	1	1	1	1	1
Köln	16	16	81138	1172	1352	62	60	1	1	1	1	1	1
Stuttg.	15	15	15702	876	1073	127	6	7	7	7	7	7	7
Zürich	18	18	13542	493	1015	138	46	2	1	1	1	1	1
Samm.	30	30	23574	136	41	116	6	1	1	1	1	1	1
Dresden	29	29	12004	166	448	1	1	1	1	1	1	1	1
Dambg.	74	74	30728	619	974	254	103	17	23	23	23	23	23
Holzd.	69	69	6185	166	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Breud.	62	62	61529	1231	701	10	3	20	4	10	15	1	1
Starnb.	20	20	15048	449	1795	82	63	1	1	1	1	1	1
Wilmsh.	31	31	14440	635	738	7	1	1	1	1	1	1	1
Stuttg.	24	24	10590	181	28	17	66	8	1	1	1	1	1
Stettin	13	13	15876	223	838	78	18	1	1	1	1	1	1
Zus.	1282	1282	412595	2259	12455	1021	631	87	163	101	124	124	124

Von der Arbeitslosigkeit wurden diesmal 674 Baugewerkschaften mit 846 595 Mitgliedern erfasst. Gegenüber der Vorwoche hat die Zahl der arbeitslosen Mitglieder sowohl absolut wie auch prozentual weiter zugenommen. Sie beträgt 30 955 gegen 25 783 in der vorigen Woche. Von 30 955 arbeitslosen sind 8 933 gegen 7 411, das sind 28,9 % arbeitslos. Ueber 10 % haben ferner die Bezirksverbände Königsberg mit 17 %, Weim. 13,1 %, Breslau 11,8 %, Stettin 11,2 %, Frankfurt 10,6 %. Am geringsten ist die Arbeitslosigkeit in den Bezirksverbänden Magdeburg (1,5 %) und Dresden (2,2 %). Außer den Mitgliedern und Steinbohlern sind alle Berufsgruppen an der Steigerung beteiligt. Die Zahl der arbeitslosen Arbeiter liegt bei 7092 auf 9259. Hilfsarbeiter waren 14 615 arbeitslos gegen 12 463 am vorigen Sonntag. (Erdarbeiter 4770 in der Vorwoche 4196).

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauführer und Tischbauarbeiter: Ausgesperrt sind die Mitglieder in Emden und Saarbrücken.

Glasler: Zugang ist fernzuhalten nach Breslau und Plozheim.

Töpfer: Gezwungen sind für Dienleger: Stargard i. P., Stolp i. P., Straßburg (Sirma Franz Winterfeld).

Gliesenleger: Gezwungen ist Sagen i. Westf.

Aus Oberhessen. Am 31. Oktober war unser Lohnverhältnis abgelaufen. Am 5. November kam es zu Lohnverhandlungen. Die Arbeitervertreter verlangten die Anpassung des Lohnes der oberhessischen Bauarbeiter im Industriegebiet an die Städte in Mittelhessen, also eine Lohnerböhung um 20 %, während die Unternehmer einen Abbau der Löhne verlangten, und zwar für Maurer auf 76, für Bauführer auf 62, für Tischbauarbeiter auf 43 A. Auch wurde eine Lohnklasseneinteilung in Stadt- und Landbezirk verlangt. Unsere Vertreter wiesen diese Forderungen ganz energisch zurück; es lagte dann auf Anrufung beider Parteien am 19. November der Schlichtungsausschuß. Dieser sollte schließlich folgenden Spruch: „Der Schlichtungsbericht vom 19. Juni 1925 wird über den 31. Oktober hinaus bis zum 27. Januar 1926 verlängert, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Verlängerung der Arbeitszeit auf 64 Stunden in der Woche.“ Es wird nun Aufgabe der Bauarbeiter sein, sich endlich zu überlegen, ob sie einer Organisation angehören wollen oder nicht; denn hieraus müssen sie ersehen, wie schwer uns der Kampf im Industriegebiet gemacht wird. Auch der letzte Mann im Baugewerbe muß der Organisation beitreten! Besonders werden von den Unternehmern die Löhne der Tischbauarbeiter aufs heftigste bedrängt, weil sie wissen, daß die Tischbauarbeiter überhaupt keiner Organisation angehören. Mögen die Kollegen aus dem Vorgehen des Unternehmensverbandes die nötigen Lehren ziehen!

Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter im Saargebiet. Die Unternehmer des Saargebietes haben zu einem großen Schloß gegen die organisierte Arbeiterklasse ausgehollt. Nicht nur die Bauarbeiter im Hoch-, Tief- und Betonbau, sondern auch die Holzarbeiter, Glaser, Maler, Dachdecker, Plattenleger, Stempeler, die gesamten Arbeiter des Installationsgewerbes mit allen Arbeitern aus der Holzindustrie sind ausgesperrt. Die Ursache zu diesem Vorgehen der Unternehmer bildet nach ihrer eigenen Angabe eine von den Holzarbeitern gestellte Lohnforderung. Nach den von den Unternehmern inspirierten Veröffentlichungen sei die Lohnforderung nicht tragbar, wie das nach den Behauptungen der Unternehmer ja immer der Fall ist. Aber nicht nur diese andere Verbände auf den Gedanken einer Lohnforderung kommen, hat man gleich eine ganze Anzahl der verschiedensten Verufe ausgesperrt. Nach den Angaben der Unternehmer soll es in Zukunft immer so gehalten werden, sobald eine Gewerkschaft in einen Streik tritt. Die Herzogtümer haben sich also allerlei vorgenommen. Wenn ihnen nur nicht dabei die Nase ausbleibt! ...

Wiesfeld. (Urteils im Baugewerbe.) Die Schlichtungsjuristen für Wiesfeld hat in der Urteilsfrage einen Beschluß gefaßt, dem wir folgendes entnehmen:

„Die Vereinbarung vom 30. Mai 1925 ist in der Ferienfrage in ihrem vollen Umfang aus auf die Arbeitsgemeinschaft der bautechnischen Baugewerkschaften Hannover anwendbar, da die Arbeitsgemeinschaft bisher an sämtlichen Verhandlungen teilgenommen, insbesondere der Einladung vom 20. Oktober Folge geleistet und an den Verhandlungen mitgewirkt hat.“

Es ist ohne Zweifel anzunehmen, daß die Verhandlungen vom 30. Mai 1925 sich auf die Forderungen für das Jahr 1926 beziehen. Aus der Vereinbarung vom 30. Mai 1925 ist zu schließen, daß an eine Lösung der Ferienfrage für das Jahr 1925 in irgendeiner Form gedacht war. Ausgehend von der Ansicht, die der Vereinbarung vom 30. Mai zugrunde liegt, und in Anbetracht der Tatsache, daß eine Einigung über die Streitfrage bis heute noch nicht getroffen wurde, ist für das Jahr 1925 folgende Regelung vorzunehmen:

Diejenigen Mitglieder der betragtschließenden Arbeitnehmerorganisationen, die seit mindestens dem 1. Januar 1925 am 12. November 1925 in ein und demselben Betriebe eines Mitgliedes der betragtschließenden Arbeitgeberorganisation ohne Unterbrechung tätig sind, erhalten Ferien (Beurlaubung unter Fortzahlung des Tariflohnes) in Höhe von 2 Tagen. Die Ferien müssen bis 31. Dezember ... sein, anderenfalls der Anspruch verlore... Die Bestimmungen des Reichsarbeitsvertrages für 1922 bis 1924 in § 9 Ziffer 2 Absatz 1 Ziffer 5, 6, 7 finden entsprechende Anwendung.

Alle aus dem Beschluß sich ergebenden Streitigkeiten, insbesondere auch die Frage, inwieweit ausdientliche Firmen für Urlaubsberechnung in Frage kommen, hat die Schlichtungskommission endgültig zu entscheiden. — Wir bemerken zu diesem Beschlusse, daß er Geltung hat für das Vertragsgebiet Westfalen-Ost und Lippe (Wiesfeld, Herford, Minden, Detmold).

Aus den Baugewerkschaften.

Burg bei Magdeburg. Zu unserer am 17. November abgehaltenen Mitgliederversammlung hatten wir unsere Jubilare besonders geladen; sie waren sämtlich erschienen. Kollege B. Stöbe hielt die Festrede. Sie klang in dem Wunsch aus, daß alle Kollegen unsern Jubilaren nachsehen mögen in Ehracht und Einigkeit; den Jubilaren für ihre bewiesene Treue aber ganz besonders Dank! Nach einem Gedächtniswort sprach dann die Jugendkollegen auf die Jubilare ein kräftiges Hoch aus, in das sämtliche Kollegen begeistert einstimmten. Was diese harmonisch verlaufene Feier dienen „Den Allen zur Ehr“, den Jungen zur Lehr!“

Gilenburg. Am 7. November eierten wir hier unter überaus starker Beteiligung unsere Jubilare. Die Festrede hielt der Ortsgruppenleiter. Jedem Jubilar wurde eine Erinnerung überreicht: Ein Bild, auf dem die Gründer des Ortsvereins als Gruppe vereinigt sind. Diese Erinnerung

wird unsern 51 Jubilaren Ansporn sein, auch fernert in altbewährter Treue zum Bunde zu stehen, den Jungen aber sei für ein Ansporn zu wackerer Nachseher! Hamburg. Am 18. November eierte unsere Baugewerkschaft im festlich geschmückten Gesellschaftssaal ihre zahlreichen Jubilare. Rund 1000 Kollegen erhielten ihre Ehrenurkunde für die von ihnen bewiesene Organisations-treue. Auch der gesamte Bundesvorstand und der Beirat anwesend. Die Festrede hielt Kollege Waspiow, wobei er den Beiratsmitgliedern und den Hamburger Bauarbeiterorganisationen im besonderen schickte. Seine Rede klang aus in Sturm und Klang, und in die Aufforderung, in aufblühender Weise weiterzuwirken für die Ziele des Bundes. Schöne Preisworträge und gutgelungene, der Feier angepaßte Gesangsbeiträge, gesungen von den Gesangsvereinen der Hammer und Wauerer Hamburg, gaben dem Fest noch besondere Pracht und trugen zur Erhebung der Stimmung in höchem Maße bei. Die Feier wird den Teilnehmern in lebhafter Erinnerung bleiben.

Wien. In unserm Bericht in Nummer 48 des „Grundstein“ ist ein Artikel enthalten. Unsere Mitgliedschaftszahl beträgt nicht 21, sondern 25 %.

Ludensweiler. Am 14. November begann unsere Baugewerkschaft die Feier ihres fünfundsiebzigjährigen Bestehens. Zugleich wurden auch unsere Verbandsjubilare die Ehrenurkunden überreicht. Kollege Köster hielt die Festrede, wobei er vor allem den Jubilaren für ihre Organisations-treue dankte. Das Fest, das noch besonders durch Darbietungen der Mitglieder reichlich besetzt war, hielt die zahlreich erschienenen lange Zeit in feierlicher Stimmung fest. Der dabei gutgelaunte gute Geist der Kollegen bürgt dafür, daß Ludensweiler auch weiterhin ein festes Glied in unserer Bundeskette sein wird, allen Anstrengungen der Unternehmer zum Trotz und zu unserm Besten!

Welsheim. Die am 18. November getragene Vertreter-versammlung unseres Bezirksvereins nahm zunächst den Geschäftsbereich des Bezirksleiters in den meisten Teilen auf den Prüfstein. Die Verhandlungen wurden durch die feierlichen Entschlüsse hervorgehoben. Dabei wurde nicht immer nach dem lokalen Empfinden, den gesetzlichen Bestimmungen oder tarifrechtlichen Grundlagen verfahren. Die Polizei und Schlichter haben verweigert wichtige Forderungen der Arbeiterklasse zu erfüllen, weil sie die Rechte ihrer Kollegen verletzten. In einem Falle wurde sogar Entschuldigungen vorgenommen, um die Verhandlungen zu beenden. Die Angriffe der Unternehmer wegen Lohnabbaus konnten im allgemeinen abgewehrt werden. Im Garmischer Gebiet verdrängten einige Unternehmungen, sich um den Tariflohn und die Zulagen zu drücken. Durch Verhandlungen gelang es, den Kollegen ihr Recht zu wahren. Auch die 48-Stundenwoche wurde im allgemeinen eingehalten, jedoch an einzelnen Punkten wurde die Arbeitszeit erheblich überschritten. So in Reichenberg durch Schindler und Sohn aus Rurnau, die 60 bis 70 Stunden in der Woche in Arbeit gearbeitet haben. Dort arbeiten die Arbeiter unter dem Tariflohn. — Die Werbestätigkeit war eine rege. Ein- und Übergetreten sind zu uns 124 Kollegen, jedoch gibt es noch bei uns Leute, die die Organisation als Mittelstück betrachten. Die Pflicht geben soll, aber kein Futter braucht. Besonders ist es mit den Bauernhöfen und den landwirtschaftlichen Arbeiter die ihren Beruf an der Regel hängen, um die „heben“ Löhne der Bauarbeiter zu schnappen. Natürlich kommt dabei dann oft die Entschuldigungen. Wir müssen dafür sorgen, daß in unsern Reihen der alte Geist wieder aufsteht. Wilde Bauarbeiter dürfen nicht gebildet werden. Die Besetzung der Betriebe und Streikmärkte muß über die Pflicht sein. Auch die immer mehr zunehmenden Unfälle im Baugewerbe erfordert von uns Gegenmaßnahmen. Unser gewerkschaftliches Programm ist noch. Eucken was es in ihrer Weise zu verwirklichen, indem wir fest zur Demut stehen. Nach geschickter Auffklärung der verschiedensten Fragen wurde die Sitzung mit dem Beschluß, an unermüdlicher Arbeit für den Baugewerkschaftsausschuß. — Nicht verzeihen waren Krenberg, Gunglberg, Dörmannergau und Garmisch-Partenkirchen.

Aus den Fachgruppen.

Bau-Werkmeister.

Hannoversch-Münden. In der am 7. November tagenden Fachgruppenversammlung sprach der Kollege Hermann Peters vom Bundesvorstand. Mehr als je sei es heute notwendig, treu zur Organisation zu stehen. Der Arbeiter in seiner heutigen Stellung kann sowohl organisatorisch als auch im Kampfe um bessere Lebensbedingungen nicht getrennt stehen von der großen Masse der Bauarbeiter. Beide Gruppen sind miteinander verbunden, ein Auseinandergehen würde nur Mitleid bedeuten. Besonders interessant waren des Redners Ausführungen über die Frage des Verhaltens der Bauwerkmeister bei einem Streik. Da in Hannover-Münden erst kürzlich ein Streik war, werden nur wohl die Kollegen begriffen haben, wie vorgekommene Fälle der Bauwerkmeister, sieh dieses zu wünschen übrig. Bollen die Kollegen zeigen, daß sie gute Gewerkschafter sind, dann müssen sie auch ihre Fachgruppenversammlungen reiflos besuchen und auch in allem anderen den übrigen Bauarbeitern mit gutem Beispiel vorangehen.

Glasler.

Breslau. Unsere Jungmänner haben sich wieder einmal vom Stadtkomitee befreien zu sein. So hatten uns die Breslauer Jüngler den Tarifvertrag gekündigt, um Verschlechterungen durchzuführen. Sie verlangen nicht nur eine Verlängerung der Arbeitszeit, sie wollten sogar erst von der ersten Arbeitsstunde an einen Zuschlag zahlen. Da alle gültigen Verhandlungen scheiterten, mußte zur Arbeitszeitverlängerung gegriffen werden. Da wir zunächst bei 3 Firmen die Arbeit niederlegten, hielt es der Vorsitzende

der Glaslerinnung, der gleichzeitig auch Vorsitzender der Vereinigung Breslauer Glasmeister ist, Herr Alfred Kleinf, mit seiner Doppelseite bereitend, in einer „hochwichtigen Mitteilung“, die uns der bekannte gütige Wind zuführte, die Mitglieder aufzufordern, am 21. November alle im Baugewerksbund organisierten Glasler auszusperren. Da es aber auch noch vernünftige Glasmeister gibt, sind diese der Forderung der Schlichter nicht gefolgt, so daß von 50 beschäftigten Kollegen sich nur 20 in den Zustand befinden. Nun, wir werden unsere Rechte zu verteidigen wissen und den Schlichtern einen Dämpfer aufsetzen. Zugang von Glaslern nach Breslau ist streng fernzuhalten.

Wetzlar. In einer gut besuchten Glaslerversammlung wurde festgestellt, daß in der Glaserei Baumgärtel neben dem Meisterlohn und einem Lehrling auch ein Kollege aus Plauen arbeitet, der sich bei der Greizer Baugewerkschaft noch nicht angemeldet hat. Es wird angedacht sein, daß sich die Plauerer Kollegen um diesen Angehörigen kümmern. Nach kurzer Aussprache über die Kampfbeiträge waren sich die Kollegen darüber einig, daß diese zeitlich befristet werden müssen. Da unsere Kollegen bei Stundentlohn der Plauerer bekommen, erhält sich dieser durch den Kampf im Baugewerbe um 8 A, er beträgt von 15. Oktober an 1 A. Kollegen, halter treu zu Gewerkschaften, er ist unsere einzige wirtschaftliche Stütze!

Hannover. Das eine feste Organisations-ebener, kämpfen unsere Kollegen an dem dreimaligen Kampf im Baugewerbe erkannt haben. Den am 1. Januar 1923 zwischen den Glasmeistern und dem Deutschen Baugewerksbund (Hochgruppe Glasler) abgeschlossenen Tarifvertrag hatten und die Herren gekündigt in der Absicht, Tarifkürzungen einzuführen. Obwohl im Vertrag der Bonus enthalten ist, daß bei Kündigung des Vertrages sämtliche Bonus in Tagen neue Verhandlungen stattfinden müssen, waren alle Maßnahmen daran ergebnislos. So geradezu furchtbar verlangten diese Herren, die neunten Arbeits-tage solle ohne Zuschlag geleistet werden, dann seien sie auch bereit, Ferien zu gewähren. Auf diese Forderung war nur der Streik möglich. Zunächst wurde die Arbeit bei einer Firma eingestellt, worauf die Schlichter erwiderten, alle organisierten Glasler auszusperren. Dieser Beschluß war ein Schlag ins Wasser; verschiedene Meister waren der Ansicht, es sei besser, mit den Herren zu verhandeln. Von 65 organisierten Kollegen waren 25 davon auf der Straße, so daß wir erfolgreich verfahren in den Verhandlungen schätzen konnten und der Fertigung sich genügt sah, um Verhandlungen nachzugehen. Diese haben zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit der Regelung der Arbeitszeit, Heberstundenzuschuß, Sonntag- und Montagzuschläge, Ferien usw. geführt, so daß wir einen vollen Sieg errungen haben. Kollegen, wahr! Eurem Baugewerksbund jederzeit die Treue, damit wir auch gegen spätere Angriffe gerüstet sind!

Leipzig. Nachdem unsere Jungmänner den Schlichtungsbericht des Schlichtungsausschusses abgelehnt hatten, wozu sie sich auf die niedrigen Löhne in der Holzindustrie stützten, beantragten wir die Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsberichts. Das Arbeitsministerium verweigerte die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Streik-hauptmannschaft Leipzig; am 5. November wurde nochmals verhandelt. Nach längerem Stillstand wurde folgendes Abkommen getroffen: Der Tariflohn beträgt dem 23. Oktober an 1,10 A, vom 8. Januar 1926 an 1,10 A die Stunde. Das Abkommen läuft bis März 1926, es kann alle 14 Tage gekündigt werden. Beide Parteien haben dem Abkommen zugestimmt.

Dresden. Eine gut besuchte Versammlung unserer Hochgruppe fand hier am 21. November statt. Kollege Müller, Hamburg, schickte eingehend den verlassenen Großkampf im Baugewerbe, ein großer Teil der Kollegen habe dessen Bedeutung auch heute noch nicht erfasst. Dieser Kampf ging nicht nur um Lohnerböhung, er wurde auch geführt um den Achtundtag, den kommenden Reichs-tarifvertrag und um den Bund selbst. Da konnten nicht einzelne Hochgruppen oder Kollegen über die Kampfmaßnahmen entscheiden, es mußte schnell gehandelt werden, um die Opfer der Aussperrung zu unterbinden. In solchen Fällen entscheidet dann der Beirat. Waren alle Kollegen seiner Aufforderung gefolgt, dann würde es heute besser um den Bund. Auch die Dresdener Hochgruppe der Glasler müsse sich in den Rahmen des Ganzen einfügen und die Extrabeiträge zahlen, sonst würden sie sich selbst schwer schädigen. In der Aussprache stellten sich sämtliche Kollegen auf den gleichen Standpunkt. Einstimmig wurde beschlossen, der genannten Verpflichtung nachzukommen.

Töpfer und Gliesenleger.

Provinz Brandenburg. Am 11. November hat der von den Unternehmern angeregten Schlichtungsausschuß für den Regierungsbezirk Potsdam für die Ofenmacher folgenden Schlichtungsbericht gefaßt: „Die Parteien erneuern den am 30. September abgelaufenen Tarifvertrag vom 1. September 1924. Sie schließen mit Wirkung vom 15. November nachfolgende Lohnvereinbarung:

Table with 3 columns: Lohnklasse, Stundenlohn, and Tarifklasse. Rows include Vorortzone, Ortsklasse A.I., A., B., and B.

Die Ortsklasseneinteilung der alten Lohnvereinbarung wird mit folgenden Veränderungen übernommen: Die Ortsklassen C und D fallen fort, die darin genannten Orte zählen zur Ortsklasse B. Die Parteien verhandeln im Laufe der Geltungsdauer dieser Vereinbarung über die weiteren Anträge auf Veränderungen innerhalb der Ortsklassen. Die Vereinbarung kann mit Monatsfrist, erstmalig zum 31. März 1926, gekündigt werden.“ Die Parteien haben den Schlichtungsbericht angenommen.

Hamm. Hier hat der Eisenfabrikant Moske den Tarifvertrag für das Radebeulergewerbe in Rheinland-Westfalen vom 6. März 1924 mit der Forderung vom 2. Februar und der Vereinbarung vom 4. September 1925 unerschütterlich anerkannt.

Hof. Das Lohnabkommen der Eisenwerker ist zum 31. März 1926 verlängert worden.

Uebersicht über den Stand der Löhne der Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter im Dezember 1914 und November 1925.

M = Maurer, H = Hilfsarbeiter, T = Tiefbauarbeiter.

Regierungs- bezirk und Lohngebiet	Städte- zahl	Der Stunden- lohn 1914			Der Wochenlohn 1914 für			Städte- zahl	Der Stunden- lohn 1925 für			Der Wochenlohn 1925 für			1914 = 100			Verhältnis 1914 = 100					
		M	H	T	M	H	T		M	H	T	M	H	T	M	H	T						
		Ä	Ä	Ä	Ä	Ä	Ä		Ä	Ä	Ä	Ä	Ä	Ä	Ä	Ä	Ä		Ä				
Königsberg	56	66	52	35	36,96	29,12	19,60	48	98	82	64	47,04	39,86	30,72	148	158	183	127	137	157	21,9	16,3	
Allenstein	60	60	42	38	36	—	25,20	32,80	48	87	73	58	41,76	35,04	27,84	145	174	153	116	139	122	30	16,1
Stettin	57	65	49	37	37,05	27,93	21,09	48	109	92	70	52,32	44,16	33,60	168	188	189	141	158	159	24,6	15,6	
Greifswald	60	54	47	45	32,40	28,20	27	48	95	80	57	45,60	38,40	27,84	176	170	127	141	136	101	13	15,8	
Schneidemühl	60	52	37	30	31,20	22,20	18	48	92	73	61	44,16	35,04	29,28	177	197	203	142	158	163	28,8	20,7	
Breslau	59	65	51	35	38,67	30,34	20,82	48	105	86	78	50,40	41,28	37,44	162	169	223	130	136	180	25,1	18,1	
Gleiwitz	60	53	43	—	31,80	26,80	—	48	80	68	50	38,40	32,64	24	—	151	158	—	121	127	—	18,9	15
Görlitz	59	55	49	40	32,72	24,99	23,80	48	93	78	63	44,64	37,44	30,24	169	186	157	136	150	127	23,6	16,1	
Vergnitz	60	53	39	32	31,80	26,40	19,20	48	92	78	65	44,16	36,48	31,20	174	195	203	139	156	162	26,4	17,4	
Berlin	53	84	57	42	44,94	30,49	22,47	48	126	96	72	60,48	48,00	34,56	150	168	171	135	151	154	32,1	23,8	
Brandenburg	50	58	44	—	34,51	26,18	—	48	100	80	60	48	—	38,40	28,80	172	182	—	189	147	—	24,1	20
Frankfurt a. d. O.	59	55	38	—	32,72	22,61	—	48	90	72	60	43,20	34,56	28,80	164	189	—	182	153	—	30,9	20	
Magdeburg	56	64	52	52	36,16	29,38	23,38	48	105	90	78	50,40	43,20	35,04	164	173	140	139	147	119	18,7	16,3	
Deßau	60	54	40	—	32,40	24	—	48	96	82	67	46,08	39,36	32,04	178	205	—	182	164	—	18,5	14,6	
Halle	56	66	56	40	37,29	31,64	22,60	48	103	88	72	49,44	42,24	34,56	157	187	180	133	133	159	15,2	14,6	
Torgau	59	44	32	—	26,18	19,04	—	48	89	76	59	42,72	36,48	29,32	166	197	—	163	192	—	27,3	14,7	
Erfurt	60	68	58	50	37,80	31,80	20	48	101	88	68	48,48	42,24	31,20	166	179	128	133	135	15,9	12,9		
Utenach	59	53	45	43	31,53	25,58	25,58	48	92	78	77	44,16	37,44	30,96	174	181	179	140	146	144	18,9	15,2	
Oera	60	55	45	45	33	—	27	48	97	86	68	46,56	41,28	41,28	176	191	191	141	153	158	18,2	11,3	
Frankfurt a. M.	57	67	57	57	38,19	32,49	32,49	48	117	100	90	56,16	48	—	175	176	175	147	148	148	14,9	14,5	
München	58	52	44	44	30,16	25,52	25,52	48	111	94	94	53,28	45,12	45,12	213	214	214	177	177	177	15,4	15,3	
Gießen	57	62	50	50	35,34	28,50	28,50	48	100	85	85	48	—	40,80	40,80	161	170	170	136	143	143	19,4	15
Darmstadt	59	55	44	44	32,72	26,18	26,18	48	117	100	90	56,16	48	—	213	214	214	177	177	177	15,4	15,3	
Kreisnach	58	47	38	38	27,49	22,23	22,23	48	110	93	93	52,80	44,64	44,64	234	245	245	192	201	201	19,1	15,5	
Worms	57	58	44	44	33,06	25,08	25,08	48	117	100	90	56,16	48	—	202	214	214	170	191	191	24,1	14,5	
Wiesbaden	57	58	50	50	33,06	28,50	28,50	48	117	100	90	56,16	48	—	202	200	200	170	168	168	13,8	14,5	
Köln	56	70	60	60	39,20	33,60	33,60	48	115	95	76	55,20	45,60	36,48	164	158	127	141	136	109	14,3	17,4	
Nachen	59	57	47	45	33,91	27,96	26,77	48	110	91	78	52,80	43,68	35,04	193	194	192	156	156	181	17,5	17,3	
Barmen-Elberfeld	56	65	55	—	36,40	30,80	—	48	115	95	76	55,20	45,60	36,48	174	173	—	149	148	—	16,7	17,4	
Bonn	59	58	48	48	34,29	28,52	28,52	48	113	94	75	54,24	45,12	36,96	191	196	156	159	159	127	17,2	16,8	
Düsseldorf	59	56	46	46	33,20	28,50	28,50	48	115	95	76	55,20	45,60	36,48	164	158	127	141	136	109	14,3	17,4	
Koblenz	59	56	46	46	33,20	28,50	28,50	48	113	94	75	54,24	45,12	36,96	202	204	160	164	166	130	17,9	16,8	
Münchens-Glab.	59	59	49	49	34,81	28,91	28,91	48	115	95	76	55,20	45,60	36,48	195	194	159	158	126	169	17,4	17,4	
Remscheid	59	64	54	—	37,76	31,86	—	48	115	95	76	55,20	45,60	36,48	180	176	—	146	143	—	15,6	17,8	
Trier	59	58	43	45	34,29	28,57	26,55	48	113	94	75	54,24	45,12	36,96	195	210	167	159	178	136	25,9	16,8	
Dortmund u. Um- gebung	56	65	55	48	36,40	30,80	26,88	48	110	90	65	52,80	43,20	31,20	169	164	135	145	140	116	15,4	18,2	
Lippstadt	59	53	43	—	31,27	25,37	—	48	104	86	65	49,92	41,28	31,20	196	200	—	160	163	—	18,9	17,3	
Münster	59	59	50	—	34,81	29,50	—	48	110	80	65	52,80	43,20	31,20	186	180	—	162	146	—	15,3	18,2	
Essen	59	59	49	49	34,81	28,91	28,91	48	100	75	68	48	—	36,24	36,24	169	153	139	138	125	118	16,9	25
Hannover	57	73	61	46	41,61	34,77	26,22	48	112	96	88	57,76	46,08	42,24	153	157	191	129	133	161	16,4	14,3	
Bielefeld	56	64	54	47	37,76	31,86	27,73	48	110	90	68	52,80	42	—	47,04	172	185	209	140	151	170	15,6	9,1
Braunschweig	56	64	50	50	36,16	30,51	28,25	48	109	98	84	52,32	47,04	40,32	170	181	165	145	154	143	15,6	10,1	
Silberheim	60	56	48	45	33,60	28,80	27	48	104	89	80	49,92	42,72	38,40	186	185	178	149	148	142	14,3	14,4	
Bremen	54	75	62	59	40,50	33,48	31,86	48	114	101	95	54,72	48,48	45,60	152	163	161	135	145	143	17,3	11,4	
Emden	57	64	52	54	36,48	29,64	30,78	48	111	98	87	52,80	47,04	46,56	173	188	180	146	159	151	18,7	11,7	
Düsseldorf	60	59	49	49	35,40	29,40	29,40	48	104	89	80	49,92	42,72	38,40	176	182	168	141	145	131	16,9	14,4	
Hamburg-Altona	54	90	70	45	48,60	37,80	24,30	48	128	107	89	61,44	51,96	42,72	142	153	198	126	136	176	22,2	16,4	
Flensburg	57	68	58	50	38,76	33,06	28,50	48	106	94	77	50,88	45,12	36,96	156	162	154	131	136	130	14,7	11,3	
Kiel	54	77	63	48	41,58	34,02	25,92	48	107	94	77	51,36	45,12	36,96	139	149	124	134	139	149	18,2	12,1	
Lübeck	57	70	57	43	39,90	32,49	24,51	48	106	94	77	50,88	45,12	36,96	151	165	170	128	139	151	18,6	11,1	
Poland	60	65	51	43	39	—	30,60	25,80	48	97	84	67	46,56	40,32	32,16	149	165	119	132	125	21,5	13,4	
Dobruca	60	51	41	41	30,60	24,60	24,60	48	86	73	58	41,28	35,04	27,84	169	178	141	135	142	113	19,6	15,1	
Schwerin	60	63	51	43	37,80	30,60	25,80	48	97	84	67	46,56	40,32	32,16	154	165	156	129	132	125	19	13,4	
Dresden	52	72	61	61	37,80	32,02	32,02	47	116,4	94	86	53,86	44,18	40,49	159	154	141	142					